

Antrag

der Fraktion der AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Einsetzung eines Runden Tisches aus Experten zu Corona

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

- I. einen Runden Tisch aus Experten unterschiedlichster gesellschaftlicher Bereiche einzusetzen, die mit kontroversen Bewertungsansätzen die Folgeschäden der Coronakrise beurteilen und Lösungskonzepte in Bezug auf das gesamte gesellschaftliche Leben in Baden-Württemberg erarbeiten;
- II. die Sitzungen des Runden Tisches öffentlich abzuhalten;
- III. die Protokolle und Ergebnisse dieses Runden Tisches der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

5.5.2021

Gögel, Wolle
und Fraktion

Begründung

Bereits seit einem Jahr wird das ganze Leben der Bevölkerung von Baden-Württemberg durch die Verordnungen der Landesregierung zur Eindämmung des SARS-CoV-2-Virus bestimmt. Konkret bedeutet es für die Bürger des Landes, dass ihnen durch die zahlreichen Einschränkungen wenig von ihrem alten Leben geblieben ist.

Den Kindern und Jugendlichen ist durch die Verordnungen das Schulleben verwehrt, soziale Kontakte nicht erlaubt und Freizeitbeschäftigungen nicht mehr möglich. Das alles sind jedoch essentielle Komponenten für eine gesunde psychische und physische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es liegt insofern auf der Hand, dass die bereits seit einem Jahr anhaltenden Einschränkungen massive und in vielen Fällen irreparable Schäden verursachen. Kinderärzte und Kinderpsychologen bestätigen diese Befürchtungen und warnen vor Langzeitfolgen.

Für Senioren ist durch die Verordnungen und trotz zweifacher Impfung die Isolation weiterhin der Begleiter ihres Lebens. In den Pflegeheimen wird schon wieder diskutiert, ob die geimpften Senioren in ihren Gemeinschaftsräumen weiterhin zusammen Mahlzeiten einnehmen oder ihren Nachmittagskaffee trinken können, weil das Pflegepersonal nicht vollständig durchgeimpft ist.

Durch das Bürgerforum Corona werden aktuell Meinungen und Stimmungen zusammengetragen, welche durch Experten hinsichtlich der Beurteilung der Folgeschäden der Coronakrise und der Erarbeitung von Lösungskonzepten überprüft werden sollen. Hierbei sollten auch kritische Stimmen berücksichtigt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 27. Mai 2021 Nr. 51-0141.5-017/25 nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. einen Runden Tisch aus Experten unterschiedlichster gesellschaftlicher Bereiche einzusetzen, die mit kontroversen Bewertungsansätzen die Folgeschäden der Coronakrise beurteilen und Lösungskonzepte in Bezug auf das gesamte gesellschaftliche Leben in Baden-Württemberg erarbeiten;

Im Rahmen der Coronapandemie wurden bereits vom Sozialministerium gezielt Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Expertinnen und Experten eingerichtet und seither ständig an die sich ändernde Lage angepasst. In den bereits bestehenden Arbeitsgruppen werden u. a. auch Themen wie Folgeschäden der Pandemie und passende Lösungskonzepte diskutiert.

Um den gesellschaftlichen Folgen der Pandemie zu begegnen wurde darüber hinaus im Koalitionsvertrag festgelegt, dass im Landtag eine Enquete-Kommission eingerichtet wird, an der neben den zuständigen Landesministerien auch die relevanten Akteurinnen und Akteure aus der Zivilgesellschaft beteiligt werden.

II. die Sitzungen des Runden Tisches öffentlich abzuhalten;

III. die Protokolle und Ergebnisse dieses Runden Tisches der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Ziff. II. und III. werden aufgrund eines Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Enquete-Kommission soll Vorschläge erarbeiten, was Staat und Gesellschaft aus der Coronakrise lernen können, wie wir mehr Vorsorge leisten und unser Gemeinwesen krisenfester machen. Selbstverständlich werden die Ergebnisse der Enquete-Kommission für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration